



**kommunalpolitisches forum**  
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

## **Aktiv gegen Neonazis**

Eine Handreichung  
im Umgang mit Rechtsextremisten

# Unsere Bildungsangebote

## I. Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung

- Kommunalverfassung, Hauptsatzung und Geschäftsordnung
- Modernisierung der Verwaltung
- Bürgerschaftliches Engagement, Einwohnerbeteiligung
- Kommunale Zusammenarbeit und Zweckverbände

## II. Finanzen, Haushaltsrecht und wirtschaftliche Betätigung der Kommunen

- Kommunaler Haushaltsplan, Doppik
- Finanzielle Abhängigkeiten und Zwänge für kommunale Haushalte

## III. Kommunale Fachaufgaben und –gebiete

- Raumordnung, Regionalplanung, Bauleitplanung
- Infrastrukturentwicklung, ÖPNV
- Umwelt- und Naturschutz, Wasserversorgung, Abfallentsorgung
- Sozial- und Gesundheitspolitik
- Bildungs- und Schulpolitik, Jugendarbeit, Sport, Freizeit, Tourismus

## IV. Kommunalpolitische Querschnittsfragen

- Konzepte und Maßnahmen zur Auseinandersetzung und zum Umgang mit rechtsextremistischen Entwicklungen
- Gleichstellung
- Demografischer Wandel
- Lokale Agenden – Ziele, Erfahrungen, Gestaltungsmöglichkeiten

# **Aktiv gegen Neonazis**

Eine Handreichung  
im Umgang mit Rechtsextremisten

2011

## **Impressum:**

„kommunalpolitisches forum Land Mecklenburg-Vorpommern“ e. V.

Geschäftsstelle

19053 Schwerin, Martinstraße 1/1a

Telefon: 0385 7851526

Fax: 0385 77193

[www.kf-mv.de](http://www.kf-mv.de)

[info@kf-mv.de](mailto:info@kf-mv.de)

# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung
2. Die Geschichte der NPD
  - 2.1. Die Bundespartei
  - 2.2. Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern
3. Das NPD-Programm
4. Wortergreifungsstrategie
5. Gegenstrategien
  - 5.1. Vor Versammlungen
  - 5.2. Während Versammlungen
  - 5.3. Am Wahlkampfstand
  - 5.4. Im Parlament
6. Stimmen der NPD
7. Ansprechpartner und Informationen
  - 7.1. Beratung
  - 7.2. Opferberatung
  - 7.3. Internet
  - 7.4. Literaturhinweise

## **1. Einleitung**

Im September 2006 ist die rechtsextremistische NPD erstmals in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern mit 7,3 Prozent der abgegebenen Stimmen gewählt worden. Seit der Kommunalwahl 2009 verfügt die Partei über 62 Mandatsträger (2004: 10) in den Kommunalparlamenten des Landes. Die NPD-Hochburgen befinden sich vornehmlich an den Landesgrenzen zu Polen und Schleswig-Holstein. Anders als in anderen Bundesländern finden sich in den Reihen der rechtsextremen Partei besonders viele Anhänger der sogenannten freien Kameradschaften. Diese Broschüre will über die Geschichte der NPD informieren und gibt Handlungsempfehlungen für die demokratische Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten.

## **2. Die Geschichte der NPD**

### **2.1. Die Bundespartei**

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) wurde am 28. November 1964 gegründet und ist damit die älteste rechtsextremistische Partei in der Bundesrepublik. Zu den Gründungsmitgliedern zählten Vertreter der Deutschen Partei, der Gesamtdeutschen Partei/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten sowie der Deutschen Reichspartei. Mit der Gründung der NPD wurde beabsichtigt, das zersplitterte rechtsextremistische Lager unter einem Dach zu

bündeln. Inhaltlich stand die Partei der NSDAP und der 1952 durch das Bundesverfassungsgericht verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP) nah.

Unter ihrem zweiten Vorsitzenden, Adolf von Thadden, wollte sie sich als eine national orientierte Partei am rechten Flügel des Parteienspektrums darstellen. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik wurde anerkannt.

Thadden führte die rechtsextreme Partei zwischen 1967 und 1968 in sieben Landesparlamente.

Bei der Bundestagswahl am 28. September 1969, zu der sie mit der Parole „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ angetreten war, verfehlte die NPD mit 4,3 Prozent der abgegebenen Stimmen den Einzug in den Bundestag.

Das Scheitern leitete eine Phase des Niedergangs ein. So sank die Mitgliederzahl in den folgenden Jahrzehnten von ca. 28.000 auf 2.800 Mitte der Neunziger Jahre.

Mit der Wahl des damaligen bayerische Landesvorsitzenden Udo Voigt 1996 zum Vorsitzenden der Bundespartei, wandelte sich die NPD von einer traditionellen rechtsextremistischen Wahlpartei hin zu einer Partei, die sich seitdem als Avantgarde einer nationalistischen Protestbewegung versteht. Voigt richtete die Partei neu aus und entwickelte die so genannte „Drei Säulen Strategie“ mit dem „Kampf um die Köpfe“, dem „Kampf um die Parlamente“ und dem „Kampf um die Straße“.

## Drei Säulen Strategie:

### „Kampf um die Straße“

Richtet sich an die militanten Kreise des rechtsextremen Spektrums, vornehmlich auch an die parteifernen Kräfte und meint die Präsenz im öffentlichen Raum durch Demonstrationen und Propagandaaktionen, wie Kranzniederlegungen an Kriegerdenkmälern mit dem Ziel diese Kräfte an die Partei zu binden und medial Aufmerksamkeit zu erzeugen.

### „Kampf um die Köpfe“

Neben der Schulung der eigenen Kader und Anhänger sollen niederschwellige, scheinbar unpolitische Angebote wie Fußballturniere, Wanderungen, Kinderfeste und das Verteilen von Info-Materialien, CDs und Zeitungen den ideologischen Zugang erleichtern und die Akzeptanz der Partei innerhalb der Bevölkerung erhöhen.

### „Kampf um die Parlamente“

Durch die Verankerung und Arbeit in Gemeindeparlamenten verbindet sich die Hoffnung der Steigerung des Bekanntheitsgrades Einzelner. Damit, so glauben die NPD-Strategen, erhöhten sich auch langfristig die Wahlchancen bei Landes- und Bundestagswahlen um im Erfolgsfall das parlamentarische System von Innen her zu beseitigen.



Der ehemalige Bundeswehr-Offizier Voigt öffnete die Partei für eine Zusammenarbeit mit Neonazis und Skinheads. Derzeit bewegt sich die Mitgliederzahl bei ca. 6.800 (Verfassungsschutzbericht des Bundes 2009). Nicht zuletzt als „Tribut“ an die neugewonnene aktionistisch orientierte Klientel, radikalisierte sich der politische Kurs der NPD. Nachdem im Jahr 2003 das Bundesverfassungsgericht aus prozessualen Gründen das 2001 von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat angestrebte Parteiverbotsverfahren eingestellt hatte, radikalisierte sich die neonazistische Szene weiter. Führende Kader lassen keinen Zweifel daran, dass sie die parlamentarische Demokratie und die freiheitlich demokratische Grundordnung abschaffen und durch eine „Volksgemeinschaft“ nach dem Vorbild des Dritten Reiches ersetzen wollen.

Auf dem Bundesparteitag 2004 erweiterte die NPD ihr „Drei Säulen Konzept“ um eine weitere Komponente, den „Kampf um den organisierten Willen“.

„Kampf um den organisierten Willen“

Bezeichnet den Versuch das gesamte Spektrum des „nationalen Widerstand“ von Republikanern bis hin zu rechtsextremistischen Skinheads unter Führung der NPD in einer „Volksfront von rechts“ zu einen.

Erstmals nach 36 Jahren schaffte die NPD im Jahr 2004 bei der sächsischen Landtagswahl mit 9,2 Prozent wieder den Einzug in ein Parlament. Einen weiteren Wahlerfolg mit

7,3 Prozent der Stimmen erzielte die NPD im September 2006 bei der Wahl zum Landtag in Mecklenburg-Vorpommern. 2009 gelang der sächsischen NPD mit 5,6 Prozent und acht Mandaten der Wiedereinzug in den sächsischen Landtag. Diese Wahlerfolge bestätigten die NPD in ihrem Selbstbild als führende Kraft innerhalb des rechtsextremistischen Lagers. Innerhalb der Partei, die auch von diversen Finanzskandalen gebeutelt wurde, führten diese Erfolge zu Richtungskämpfen über die weitere politische Ausgestaltung und zu Personalquerelen zwischen scheinbar gemäßigeren Kräften und dem eher militant - nationalsozialistisch geprägten Flügel. Eine geplante Verschmelzung mit der rechtsextremen DVU wurde im Januar 2011 durch das Landgericht München – mangels Urabstimmung durch die Mitglieder der DVU – vorerst gestoppt. Ursprünglich wollten die beiden Parteien fusionieren und unter dem Dach der NPD bei den sieben Landtagswahlen 2011 antreten.

## **2.2. Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern**

Nach der politischen Wende in der ehemaligen DDR expandierte das rechtsextremistische Lager der alten Bundesrepublik auch nach Ostdeutschland und versuchte hier aggressiv Mitglieder zu rekrutieren.

Die NPD war Anfang der 90ziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts vornehmlich im Landesteil Mecklenburg aktiv. Erst 1994 gründeten Mitglieder der Greifswalder Nationalsozialisten (GNS) mit dem KV Greifswald die erste Parteiglied-

derung in Vorpommern. In den Folgejahren baute die NPD ihre Organisationsstruktur landesweit aus. Es gründeten sich weitere Kreisverbände. Besonders aktiv in der Umsetzung der vom NPD-Bundesvorsitzenden Voigt ausgerufenen „Drei Säulen Strategie“ waren die Kreisverbände Greifswald und Stralsund.

Die beiden Kreisverbände organisierten Kinderfeste mit kostenlosen Angeboten, betreuten Schülerinitiativen, halfen bei der Erstellung von Schülerzeitungen und übten den Schulterschluss mit den freien Kameradschaften, wie bei einer Mahnwache im Jahr 2003 gegen die Wehrmachtsausstellung in Peenemünde.

Nach internen Querelen und nicht zuletzt wegen des Parteiverbotsverfahrens ging die Zahl der NPD-Mitglieder von etwa 350 in den 1990ziger Jahren auf 100 im Jahr 2004 zurück.

Trotz der dünnen Personaldecke trat die NPD 2004 unter dem neuen Landesvorsitzenden Stefan Köster zur Kommunalwahl an. Durch den Wegfall der Fünf-Prozent-Sperrklausel konnte die rechtsextreme Partei - bis auf die Gemeinde Züssow - insgesamt 10 Mandate in fünf Gemeinden und drei Landkreisen erringen. In Anklam erhielt die Partei mit 8,0 Prozent der abgegebenen Stimmen eine besonders hohe Zustimmung. Sie hatte damit Anspruch auf zwei Sitze in der Stadtvertretung. Das zweite Mandat konnte aber nicht in Anspruch genommen werden, da nur ein Kandidat zur Wahl aufgestellt war.

Bei der Bundestagswahl 2005 verdreifachte die NPD ihr Ergebnis zur vorherigen Wahl und kam auf 3,5 Prozentpunkte. Bedingt durch diese Entwicklung und beflügelt durch den Einzug der sächsischen NPD in den Dresdener Landtag, öffnete sich die rechtsextreme Partei den anderen im Land agierenden rechtsextremen Gruppierungen und Sympathisanten. Der Verfassungsschutz schätzte das rechtsextreme Personenpotential zum damaligen Zeitpunkt auf ca. 1.100.

Um künftige Wahlchancen zu erhöhen kam es 2005 zum strategischen Schulterschluss zwischen NPD und freien Kameradschaften. In der Folge traten dann auch zahlreiche Anhänger der militanten Neonaziszene - vornehmlich aus Vorpommern - der NPD bei. Als Anfang Februar 2006 auf dem Landesparteitag in Greifswald die Kandidaten zur Landtagswahl nominiert wurden, stammten fast die Hälfte der aufgestellten Kandidaten aus der militanten Neonaziszene. Der Ueckermünder Kameradschaftsaktivist Tino Müller wurde hinter dem ehemaligen Schmuck- und Uhrenhändler Udo Pastörs auf Platz 2 der Landesliste gewählt. Müller war Mitglied der 2009 verbotenen Heimattreuen deutschen Jugend (HdJ) und galt als Chef des Sozialen und Nationalen Bündnis Pommern (SNBP), einer Art Dachorganisation der in Ostvorpommern und Uecker-Randow aktiven Kameradschaften.

Wie schon bei der vorangegangenen Kommunalwahl verzichtete die NPD auf ein Wahlprogramm. Nach Parteiangaben wurden 400.000 Euro in den Wahlkampf investiert und

flächendeckend ganze Regionen mit rechtsextremistischer Wahlpropaganda übersät.

Bei der Landtagswahl erreichte die rechtsextreme Partei 7,3 Prozent der Stimmen und zog mit sechs Abgeordneten in den Landtag ein.

Wie in den Kommunalparlamenten fällt die NPD auch im Landtag nicht durch Sacharbeit auf.

Während die NPD-Abgeordneten in den Landtagsausschüssen allenfalls physisch anwesend sind, nutzen sie die Landtagssitzungen als Bühne für gezielte Provokationen um sich, nach entsprechenden Sanktionen, wie Ordnungsrufen (über 400 in der Legislaturperiode) und Sitzungsausschlüssen, als Opfer der Systemparteien, wie die NPD die demokratischen Parteien nennt, zu stilisieren.

Bei der Kommunalwahl im Juni 2009 standen in 34 Gemeinden und neun Landkreisen NPD-Kandidaten auf den Wahlzetteln. Wieder ohne Wahlprogramm angetreten, konnten die Rechtsextremen 34 Mandate in Gemeinden und 26 in Landkreisen erringen und somit ihre kommunalpolitische Präsenz flächendeckend erhöhen.

Höchste Priorität für die NPD haben in den nächsten Monaten die Wahlen am 4. September 2011 zu den Parlamenten der zukünftigen Großkreise, insbesondere aber

der Wiedereinzug in den Schweriner Landtag.

Die NPD wird entschlossen den „Platz als Anwalt der sozial Schwachen“ besetzen, wie es schon der sächsische Fraktionschef Holger Apfel 2006 verkündete und in Sachsen erfolgreich praktizierte. Soziale Probleme werden mit einer radikalen Kapitalismus-/Globalisierungskritik verknüpft und die fundamentale Ablehnung der freiheitlich demokratischen Grundordnung begründet.

Es ist davon auszugehen, dass die NPD auch in diesen Wahlkämpfen die „Vier Säulen“ Strategie anwendet. Die Partei hat ihren Wahlkampf langfristig angelegt. Im Sommer wurden landesweit mehrere Kinderfeste und eine Demonstration unter dem Motto „Gegen kinderfeindliche Bonzen - für eine lebenswerte Zukunft in unserer Heimat - Freiheit statt BRD“ durchgeführt. Daneben fährt die Partei eine populistische Kampagne mit der sie auf die Entlassung von Straftätern reagiert und bei Mahnwachen und Demonstrationen die „Todesstrafe für Kinderschänder“ und entsprechend des NPD-Programms eine Volksabstimmung über die Einführung der Todesstrafe generell fordert.

Bereits im Juli 2010 wurde der Wahlkampf während der Uek-kermünder Hafttage durch Propagandaaktionen eröffnet.

Im November 2010 - zehn Monate vor der Landtagswahl - hat die NPD auf einem konspirativ organisierten Parteitag

an geheimen Ort ihre ausschließlich mit männlichen Kandidaten besetzte Landesliste beschlossen.

### **3. Das NPD-Programm**

Die NPD ist, selbst wenn sie sich an demokratischen Wahlen beteiligen kann und in Parlamenten vertreten ist, keine demokratische Partei. Das 2010 auf dem Bamberger Parteitag beschlossene Parteiprogramm belegt die Weltanschauung der NPD. Danach wird das Grundgesetz abgelehnt und ein völkischer, autoritärer Zentralstaat angestrebt.

Die Würde des Menschen als soziales Wesen verwirklicht sich vor allem in der Volksgemeinschaft. Erst die Volksgemeinschaft garantiert die persönliche Freiheit; diese endet dort, wo die Gemeinschaft Schaden nimmt.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“, lautet Artikel 1 des Grundgesetzes. Diese Verfassungsnorm ist das höchste, absolut geltende Grundrecht, welches auch durch andere Grundrechte nicht eingeschränkt werden kann. Der Mensch bezieht seine Würde aus sich selbst, aus seinem Menschsein und ist, unabhängig von seiner ethnischen Herkunft oder sonstigen Bedingungen von Geburt an mit unveräußerlichen, unteilbaren Rechten ausgestattet. Er ist nicht nur ein Objekt, welches dem Staat oder einer Mehrheit

ausgeliefert ist. Jeder Einzelne kann sich gegen staatliche Willkür und Grundrechtseingriffe wehren. Die NPD degradiert den Menschen zu einem reinen Objekt, dessen Würde genetisch vorbestimmt ist und von der Zugehörigkeit zur „Volksgemeinschaft“ abhängt. „Recht ist, was dem deutschen Volke nützt“, war schon einer der Leitsätze der nationalsozialistischen Justiz.

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands ist die soziale Heimatpartei der Deutschen, bekennt sich zu einem lebensrichtigen Menschenbild und setzt sich deshalb konsequent für nationale Identität, nationale Souveränität und nationale Solidarität als Lebensgrundlagen unseres Volkes ein.

Mit den Formulierungen eines „lebensrichtigen Menschenbildes“ und der „nationalen Identität“ bewegt sich die NPD in der rassistischen Tradition des Nationalsozialismus. Nach der Theorie der Parteistrategen leiten sich die Würde und Rechte der Menschen allein aus ihrer ethnischen Herkunft ab. Die Gene bestimmen Wert und Charakter des Menschen und des Volkes. Zudem würde das Zusammenleben von „Deutsche(n) und Nichtdeutsche(n)“ diese von der „nationalen Gemeinschaftsordnung entfremden“. Deshalb darf es „für Fremde in Deutschland kein Bleiberecht geben, sondern nur eine Rückkehrpflicht in ihre Heimat“. Dieses rassistische Weltbild, welches von der Ungleichwertigkeit der Menschen ausgeht, bildet das Fundament der NPD-Programmatik.



Oberstes Prinzip der NPD-Politik muss die „Erhaltung der deutschen Volkssubstanz“ sein.

Die Familie – als Trägerin des biologischen Erbes – ist die Keimzelle des Volkes.

Denn nur in der „Geborgenheit der Familie können charakterstarke, gemeinschaftsfähige, gesunde und leistungsstarke Kinder heranwachsen“.

Mit familienpolitischen Maßnahmen des Staates, sind deshalb auch „ausschließlich deutsche Familien zu fördern“.

Familienpolitik also nur für diejenigen, die wegen ihrer biologischen Herkunft dem Rasse – und Volkserhalt dienen.

Im Parteiprogramm lehnt die NPD die Grundsätze des Völkerrechts, insbesondere die Unantastbarkeit der Grenzen zu den osteuropäischen Nachbarn ab und propagiert ein Großdeutschland in den Grenzen von 1937.

... fordern wir eine Politik zur Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb seiner geschichtlich gewachsenen Grenzen.

Das Parteiprogramm offenbart, die NPD ist eine rassistische, fremdenfeindliche und revanchistische Partei in der Tradition der NSDAP und des Dritten Reiches.

#### 4. Wortergreifungsstrategie

Um außerhalb der eigenen rechtsextremistischen Klientel wahrgenommen zu werden, propagiert die NPD die sogenannte „Wortergreifungsstrategie“. Öffentliche Veranstaltungen des politischen Gegners werden bewusst aufgesucht.

Wir fordern alle unsere Mitglieder auf, sich an den örtlichen Veranstaltungen zu beteiligen, zu informieren und bei gegebenem Anlass das Wort zu ergreifen. Das hat in den letzten Jahren mit zu unserem Erfolg beigetragen. Darum weiter so und nicht nachlassen. (Andreas Theißen, NPD Kreisverband Westmecklenburg, Homepage NPD Landesverband MV)

Im August 2006 lud eine Abspaltung der Bürgerinitiative Braunkohle Nein! die Kandidaten zur Landtagswahl zu einer Podiumsdiskussion. Das Thema Braunkohleabbau beschäftigte die ganze Region und lockte etwa 150 Teilnehmer in die Lübtheener Sporthalle. Die Vertreter aller Gruppierungen sprachen sich gegen den Braunkohletagebau aus. Damit hätte die Veranstaltung beendet sein können. Ein Herr, der als Tourist zufällig von der Veranstaltung erfahren haben wollte, stellte dem Podium unter anderem Fragen zum Bergbau in Mexiko. Bis auf den NPD-Spitzenkandidaten Pastörs konnte niemand auf die spezifischen Fragen kompetent antworten. Bei dem vermeintlichen Touristen handelte es sich um Peter Naumann, ein wegen Terroranschlägen verurteilter ehemaliger Mitarbeiter der sächsischen NPD-Fraktion. Neben Naumann befanden sich etwa 30

weitere NPD-Kader im Saal.

Zur Interkulturellen Woche Ende September 2010 las die Autorin Andrea Röpke aus ihrem Buch „Neonazis in Nadelstreifen - Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft“ in Stralsund. Der NPD-Kreisvorsitzende Dirk Arendt und andere NPD-Anhänger waren bei dieser Veranstaltung zugegen. Auf die Aufforderung den Saal zu verlassen, reagierte Arendt nach Angaben auf der Homepage des Landesverbandes: „Auch Nationalisten haben das Recht an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Wenn schon über uns berichtet und geredet wird.“

Die beiden Beispiele zeigen, dass Rechtsextremisten nicht an einer argumentativen Debatte mit Demokraten gelegen ist. Ziel der Wortergreifungsstrategie ist kein ehrlicher, ernsthafter Dialog. Rechtsextremisten geht es ausschließlich darum, die Veranstaltungen für ihre Propaganda zu missbrauchen, die Diskussion in eine von ihnen bestimmte Richtung zu lenken, Themen zu setzen und die Gesprächshoheit zu erlangen.

„In der direkten Konfrontation mit dem Gegner soll dieser nicht mehr in der Lage sein über Nationalisten, sondern nur noch mit ihnen zu diskutieren.“ PM „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) 2006

## **5. Gegenstrategien**

### **5.1. Vor Versammlungen**

Ein weitgehend störungsfreier Ablauf von Veranstaltungen lässt sich durch eine gezielte, gewissenhafte Vorbereitung sicherstellen.

- Benennen Sie klar Ziel und Zielgruppe der Veranstaltung
- Schließen Sie bereits zwingend in der Einladung (Pressemitteilungen, Flyer, Plakate, Briefe) Rechtsextreme von der Veranstaltung aus

#### **Formulierungsvorschlag:**

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremistischen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremistischen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalsozialistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

- Vereinbaren Sie mit der Polizei eine Sicherheitspartnerschaft und besprechen Strategien gegen die Einflussnahme und Störung durch Rechtsextremisten
- Organisieren Sie immer einen Ordnungsdienst oder lassen die Veranstaltung durch die Polizei sichern

- Veranlassen Sie eine Einlasskontrollen
- Sorgen Sie für eine klare Aufgabenverteilung unter den Veranstaltenden (Moderator, Ordnungsdienst, Versammlungsleitung) bei eventuellen Störungen

## **5.2. Während der Veranstaltung**

- Engagieren sie einen souveränen Moderator
- Stellen Sie klare Diskussionsregeln zur Unterbindung von diskriminierenden Äußerungen auf
- Behalten Sie die Kontrolle über das Mikrofon
- Sollten doch Rechtsextremisten an der Veranstaltung teilnehmen, lassen Sie diese durch den Ordnungsdienst/ Polizei entfernen

Rechtsgrundlage für den Ausschluss von Personen auf Veranstaltungen in geschlossenen Räumen ist das Versammlungsgesetz (VersG).

§ 6 VersG erlaubt es bereits in der Einladung und der Ankündigung von Veranstaltungen, die Teilnahme von bestimmten Personen auszuschließen.

Teilnehmer von Veranstaltungen können gem. § 11 VersG durch die Veranstaltungsleitung ausgeschlossen werden, wenn sie den Ablauf „erheblich stören“.

### **5.3. Am Wahlkampfstand**

In der Vergangenheit haben Rechtsextremisten auch die Wahlkampfstände der demokratischen Parteien aufgesucht und versucht den Wahlkampf zu stören und die Wahlkämpfenden und Besucher zu verunsichern und einzuschüchtern. Dies geschieht durch eine massive Präsenz, das Fotografieren, Filmen und durch verbale Provokationen.

- Stellen Sie sicher, dass jeder Wahlstand mit mindestens zwei Personen besetzt ist
- Organisieren Sie ggf. einen Ordnungsdienst oder gehen eine Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei ein
- Bleiben Sie bei Konfrontationen authentisch, lassen Sie sich nicht provozieren, bleiben Sie in Diskussionen ruhig und sachlich
- Führen Sie Gespräche offensiv und behalten die Gesprächsführung
- Bei diskriminierenden Äußerungen brechen Sie das Gespräch ab

### **5.4. Umgang im Parlament**

Der Einzug der NPD in die verschiedenen Parlamente hat gezeigt, dass den Vertretern der rechtsextremen Partei mehr an der Provokation als an einer Sacharbeit gelegen ist. Die Arbeit in den Parlamenten wird entsprechend der Strategie des „Kampf um die Parlamente“ als Maske benutzt um hinter scheinbar bürgernahen Anträgen und Initiativen ihre demo-

kratiefeindliche Gesinnung zu verschleiern. Dabei versucht sie sich mit dem Nimbus des Kümmerers und einzig wahren Interessenvertreters der Wählerinnen und Wähler vor Ort zu umgeben.

Die Parlamentsarbeit soll lediglich der weiteren Verankerung der rechtsextremen Partei in der Mehrheitsgesellschaft dienen. Dabei erhoffen sich die Strategen einen Vorteil bei künftigen Wahlen um dann das demokratische System zu unterminieren und letztlich zu beseitigen.

Ein Beispiel für eine effektive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in einem Parlament bietet der Schweriner Landtag. Dessen Vorgehen lässt sich auch auf die Kommunalparlamente übertragen:

- Verständigen Sie sich mit den demokratischen Parteien und Gruppierungen über einen Umgang mit den NPD-Abgeordneten und deren Parlamentsarbeit
- Distanzieren Sie sich in einer gemeinsamen Erklärung der Demokraten von den Zielen der NPD und schließen eine Zusammenarbeit kategorisch aus
- Informieren Sie sich im Vorfeld über die Strategien und Ziele der NPD
- Treten sie dem Kümmer-Image der NPD aktiv entgegen. Identifizieren und thematisieren Sie möglichst frühzeitig lokale Problemfelder
- Entlarven Sie den ideologischen Hintergrund der NPD-Anträge

- Stimmen Sie niemals NPD-Anträgen zu. Kommunizieren Sie öffentlich und offensiv, warum Sie diesen nicht zustimmen
- Lassen Sie nur eine Vertreterin oder Vertreter der demokratischen Gruppierungen auf NPD-Anträge erwidern

Der Rechtsextremismus stellt auch künftig eine Herausforderung für alle demokratischen Kräfte in Mecklenburg-Vorpommern dar. Neben einer transparenten und bürgernahen Politikgestaltung sollten die demokratischen Kräfte, bei aller programmatischen Unterschiedlichkeit, gemeinsam und entschlossen gegen jegliche Form von Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorgehen und dem Rechtsextremismus entgegentreten.



## 6. Stimmen der NPD

„Wir von der NPD sind stolz darauf, dass wir alljährlich in den deutschen Verfassungsschutzberichten stehen und als vermeintlich verfassungsfeindlich gegenüber diesem System stehen. Jawohl, wir sind verfassungsfeindlich, wenn es darum geht, dieses System zu bekämpfen.“

Holger Apfel, NPD-Fraktionsvorsitzender Sachsen, „Bundestwahlkongress“ Passau 1998

„Die Nomenklatur der Demokratur der BRD verdient am Tag der Abrechnung keine Gnade.“ Udo Pastörs, NPD-Fraktionsvorsitzender MV, Anklam 2010

„Bündeln wir unsere Kraft, um diese morsche BRDDDR endlich zu überwinden!“. Udo Pastörs, NPD-Fraktionsvorsitzender, Homepage des NPD-Landesverbandes MV, Juli 2009

„Wir spaßen nicht, meine Herrschaften der verblichenen Roten Brigaden dort oben, die sich jetzt mit dem Trikot einer CDU und SPD schmücken!“ Udo Pastörs, NPD-Fraktionsvorsitzender MV, Güstrow 2008, bnr

„Und wenn wir zur Macht gelangen, besteht darin auch die Verpflichtung, die einer gerechten Strafe zuzuführen, die Verantwortung tragen!“ Udo Pastörs, NPD-Fraktionsvorsitzender MV, Rathenow 2007 Internetportal: [endstation-rechts.de](http://endstation-rechts.de)

„Er (A. Hitler) ist ja ein Phänomen gewesen dieser Mann, militärisch, sozial, ökonomisch - er hat ja wahnsinnige Pflöcke eingerammt auf fast allen Gebieten.“ Udo Pastörs, NPD-Fraktionsvorsitzender MV, ARD 2006

„Innerhalb des Systems gibt es keine Hoffnung auf Erneuerung. Erst die rücksichtslose und restlose Beseitigung des korrupten liberal-kapitalistischen Systems kann den Weg freimachen... Verrat ist ein Delikt, dass niemals verjährt. Auch in 20 oder 30 Jahren werden wir uns noch an die Namen der Ausgestiegenen erinnern. Einige Ausstiegskandidaten leben ja in dem Glauben, durch das Herstellen von Öffentlichkeit sich reinwaschen zu müssen, um dadurch eine Sicherheitsgarantie zu erlangen. Sicher, dies mag für einige Zeit gut gehen, vielleicht auch für Jahre. ...Ob sie aber auch damit leben können, wird die Zukunft zeigen...“ Winfried Petzold, Ehrenvorsitzender NPD-Sachsen und MdL, Neujahrsansprache Meißen 2006, Homepage NPD Sachsen

„Ich glaube, dass wir sehr viele krankhafte Keime in unserem Staatswesen haben. Wenn du Wundbrand kriegst und noch irgendwie Kraft hast, dann nimm dir ein Beil und hau dir das faule Bein ab. Weg damit! Udo Pastörs, NPD-Fraktionsvorsitzender MV, „Stern“ 37/ 2006

„Ich bin kein großer Anhänger dieser Form des Parlamentarismus. Aber das macht man so, dass man da reingeht und provoziert mit Präzision. Dann werden Sie sehen, wie diese

ganzen Viren, diese Parasiten, wach werden, dann sehen die, dass die Axt kommt, dass man das bis aufs Gesunde heraus sezirt. Das ist die Aufgabe eines nationalen Menschen.“ Udo Pastörs, NPD-Fraktionsvorsitzender MV, Stern 2006

„... dann wird es dereinst einen Sternmarsch nach Berlin geben, und da wird uns keiner dieser Hochverräter mehr entkommen. Da wird jede Ausfallstraße gesperrt sein. Barrikaden werden stehen. Dann ist Deutschland wieder erwacht. ... Wenn es zu körperlichen Auseinandersetzungen kommen sollte mit diesem linksfaschistischen Pöbel da vorne, dann weiß ich, dass diese über 200 deutschen Männer und Frauen wie eine Front stehen und in diesen Kampf gehen wie in einen Gottesdienst.“ Neonazi Dieter Riefeling Hannover 2004 BMI Verfassungsschutzbericht

„... wenn wir selbst mutig sind und wenn wir selbst bereit sind, alles einzusetzen, um das zu beenden, was uns vernichten will und wenn wir selbst dabei Nachteile in Kauf nehmen müssen. Ja, selbst wenn wir daran zu Grunde gehen, muss der Versuch gewagt werden ... In diesem Sinne, rufe ich euch alle auf. Wehrt Euch!“ Udo Pastörs, NPD-Fraktionsvorsitzender MV, Halbe 2007

## **7. Ansprechpartner und Informationen**

### **7.1. Beratung**

---

Die Regionalzentren für Demokratie und Toleranz beraten Schulen, Vereine und Kommunen zum Thema Rechtsextremismus und bieten Fortbildungen und Projektentwicklungen zur demokratischen Bildung an.

---

RAA - Regionalzentrum für demokratische Kultur

Westmecklenburg

Alexandrinenplatz 7 - 19288 Ludwigslust

Tel.: 03874 570220

Fax: 03874 5702213

Mail: [westmecklenburg@raa-mv.de](mailto:westmecklenburg@raa-mv.de)

Internet: [www.demokratie-mv.de](http://www.demokratie-mv.de)

---

RAA - Regionalzentrum für demokratische Kultur

Südvorpommern

Steinstr. 10 - 17389 Anklam

Tel.: 03971 24492

Fax: 03971 2449218

Mail: [suedvorpommern@raa-mv.de](mailto:suedvorpommern@raa-mv.de)

Internet: [www.demokratie-mv.de](http://www.demokratie-mv.de)

---

Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorpommern  
Regionalzentrum für demokratische Kultur  
Bad Doberan Güstrow Rostock  
Konrad-Zuse-Str.1a  
18184 Roggentin  
Tel.: 0381 4031762  
Mobil: 0172 6030618  
Fax: 0381 4031764  
Mail: [baddoberan@regionalzentren-eamv.de](mailto:baddoberan@regionalzentren-eamv.de)  
Internet: [www.regionalzentren-eamv.de](http://www.regionalzentren-eamv.de)

---

Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorpommern  
Regionalzentrum für demokratische Kultur  
Nordvorpommern Rügen Stralsund  
Carl-Heydemann-Ring 55  
18437 Stralsund  
Tel.: 03831 282584  
Mobil: 0176 24887462  
Fax: 03831 285373  
Mail: [stralsund@regionalzentren-eamv.de](mailto:stralsund@regionalzentren-eamv.de)  
Internet: [www.regionalzentren-eamv.de](http://www.regionalzentren-eamv.de)

---

Regionalzentrum für demokratische Kultur  
Mecklenburgische Seenplatte  
(Demmin, Müritz, Mecklenburg-Strelitz, Neubrandenburg)  
Friedrich-Engels-Ring 48  
17033 Neubrandenburg  
Tel.: 0395 5638877  
Fax: 0395 5553293  
Mail: [info@cjd-rz.de](mailto:info@cjd-rz.de)  
Internet: [www.cjd-rz.de](http://www.cjd-rz.de)

## 7.2. Opferberatung

---

### LOBBI Ost

Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für  
Betroffenen rechter Gewalt in MV

Tilly-Schanzen-Str. 2

17033 Neubrandenburg

Tel.: 0395 4550718

Mobil: 0160 8442189

Fax: 0395.4550720

Mail: [ost@lobbi-mv.de](mailto:ost@lobbi-mv.de)

Internet: [www.lobbi-mv.de](http://www.lobbi-mv.de)

---

### LOBBI West

Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für  
Betroffenen rechter Gewalt in MV

Hermannstr. 35

18055 Rostock

Tel.: 0381 2009377

Mobil: 0170 5282997

Fax: 0381 2009378

Mail: [west@lobbi-mv.de](mailto:west@lobbi-mv.de)

Internet: [www.lobbi-mv.de](http://www.lobbi-mv.de)

### **7.3. Internet**

[www.npd-blog.info](http://www.npd-blog.info)

[www.mut-gegen-rechte-gewalt.de](http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de)

[www.netz-gegen-nazis.de](http://www.netz-gegen-nazis.de)

[www.bpb.de/rechtsextremismus](http://www.bpb.de/rechtsextremismus)

[www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de](http://www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de)

[www.mv-demokratie.de](http://www.mv-demokratie.de)

[www.bnr.de](http://www.bnr.de)

[www.endstation-rechts.de](http://www.endstation-rechts.de)

[/www.verfassungsschutz-mv.de](http://www.verfassungsschutz-mv.de)



#### **7.4. Literaturhinweise (Auswahl)**

Die NPD im Kommunalwahlkampf 2009 in Mecklenburg-Vorpommern. Joanna Bars u.a. Greifswald 2010

Download:

[www.hubertus-buchstein.de/bars-et-al2010.pdf](http://www.hubertus-buchstein.de/bars-et-al2010.pdf)

Stadt-Land-Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz. Friedrich Burschel (Hg.), Texte der Rosa Luxemburg Stiftung Band 63, Berlin 2010

Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Mathias Brodkorb u.a.(Hg.), Schwerin 2008

Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Hubertus Buchstein, Gudrun Heinrich (Hg.), Schwalbach 2010

Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver, Populismus. Klaus Peter Hufer, Schwalbach 2006

Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Toralf Staudt, Köln 2005

Das Buch gegen Nazis. Holger Kulik u.a., Bundeszentrale für Politische Bildung Schriftenreihe Bd. 1013 2009  
NPD. Geschichte und Gegenwart einer rechtsextremen Partei. Martin Schirdewand, Berlin 2007

Download:

[http://die-linke.de/fileadmin/download/bildungsmaterial/080103\\_npd-broschuere.pdf](http://die-linke.de/fileadmin/download/bildungsmaterial/080103_npd-broschuere.pdf)

Rechtsextremismus in Deutschland. Analysen, Erfahrungen, Gegenstrategien. Horst Helas, Dagmar Rubisch (Hg.), Rosa Luxemburg Stiftung Berlin 2006

Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Oliver Decker u.a. (Hg.), Friedrich Ebert Stiftung 2010

Download:

<http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf>

Es wächst nicht einfach Gras darüber. Rechtsextremismus im ländlichen Räumen. Bund der Deutschen Landjugend (Hg.), Berlin 2009

Kein Platz für Rechtsextremisten in Kommunalparlamenten. Anregungen für Kommunalpolitiker bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten im Kommunalwahlkampf. Hubertus Buchstein (Hg.), Greifswald 2009

Gemeinsam handeln. Für Demokratie in unserem Gemeinwesen. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremisten im ländlichen Raum. Akad. für Sozialpädagogik und Sozialarbeit (Hg.), Halle (Saale) 2010

Download:

[www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/12/handreichung\\_gemeinsam\\_handeln.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/12/handreichung_gemeinsam_handeln.pdf)

Argumente der Rechtsextremen - Fragen und Antworten. Dokumentation einer Veranstaltung vom 25. April 2006.

Markus Birzer (Hg.), Schwerin 2006

Bestellung:

[www.landtag-mv.de/site/3\\_123\\_141/141.html](http://www.landtag-mv.de/site/3_123_141/141.html)

Klickt's? Geh Nazis nicht in Netz!. Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden 2009.

Download:

[www.jugendschutz.net/pdf/Klickts.pdf](http://www.jugendschutz.net/pdf/Klickts.pdf)

Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus. Roland Roth, Berlin 2010

Download:

<http://library.fes.de/pdf-files/do/07303.pdf>

Rechts oben. Vorpommern als Modellregion der extremen Rechten.

Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Mecklenburg-Vorpommern e.V. (Hg.), Waren 2007

Bestellung:

[www.raa-mv.de/cms/index.php?SESS\\_ID=1fa68de4bdf665951f47c61400d42a93&s\\_id=33](http://www.raa-mv.de/cms/index.php?SESS_ID=1fa68de4bdf665951f47c61400d42a93&s_id=33)

Wir stehen in der Verantwortung. Eine Handreichung zu Demokratie und Rechtsextremismus, Ev.-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs (Hg.), Schwerin 2009

Streiten mit Neonazis?

Zum Umgang mit öffentlichen Auftritten von Rechtsextremisten. Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. / Arbeitsstelle Rechtsextremismus (Hg.), Magdeburg 2008

Download:

[www.miteinander-ev.de/index.php?page=73](http://www.miteinander-ev.de/index.php?page=73)

Argumente. Eine Entgegnung auf Schulungsmaterial der NPD. Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. / Arbeitsstelle Rechtsextremismus (Hg.), Magdeburg 2009

Download:

[www.miteinander-ev.de/index.php?page=73](http://www.miteinander-ev.de/index.php?page=73)

Rechtsextremistische Subkulturen, Innenministerium M-V  
(Hg.), Schwerin 2008

Download:

[www.verfassungsschutz-mv.de/cms2/Verfassungsschutz\\_  
prod/Verfassungsschutz/content\\_downloads/Broschueren/  
broschuere\\_rechtsextremistische\\_subkulturen\\_stand\\_  
juni\\_2008.pdf](http://www.verfassungsschutz-mv.de/cms2/Verfassungsschutz_prod/Verfassungsschutz/content_downloads/Broschueren/broschuere_rechtsextremistische_subkulturen_stand_juni_2008.pdf)

Argumente gegen die soziale Demagogie von Rechtsextremen. Der braunen Propaganda entgegenreten.

IG Metall-Vorstand (Hg.),  
Frankfurt am Main 2007

Download:

[www.dgb-bildungswerk-hessen.de/cms/upload/publikationen/  
rattenfaenger/der\\_braunen\\_propaganda\\_entgegenreten.pdf](http://www.dgb-bildungswerk-hessen.de/cms/upload/publikationen/rattenfaenger/der_braunen_propaganda_entgegenreten.pdf)

# Werde Mitglied im kommunalpolitischen forum!

Ich möchte Mitglied des  
„kommunalpolitischen forum Land Mecklenburg-Vorpommern“ e. V. werden.

---

Vorname und Name

---

Straße und Hausnummer

---

PLZ und Ort

---

Emailadresse

---

Telefonnummer

---

Landkreis

Satzung und Beitragsordnung erkenne ich an.  
Der Jahresbeitrag beträgt 25,20 €.

- Ich erteile eine Einzugsermächtigung  
halbjährlich/jährlich an das  
kommunalpolitische forum-Land M-V e.V.

---

Kreditinstitut

---

BLZ

---

Kontonummer

---

Ort, Datum

---

Unterschrift

# **Auszüge aus der Satzung des gemeinnützigen Vereins „kommunalpolitisches forum - Land Mecklenburg - Vorpommern“ e.V.**

## **§ 1 Name, Sitz, Eintragung, Geschäftsjahr**

- (1) Der Verein trägt den Namen “kommunalpolitisches forum - Land Mecklenburg-Vorpommern” e.V.
- (2) Der Verein hat seinen Sitz in Schwerin.
- (3) Er ist in das Vereinsregister des Amtsgerichtes Schwerin unter der laufenden Nummer VR 486 eingetragen.
- (4) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

## **§ 2 Vereinszweck**

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts “Steuerbegünstigte Zwecke” der Abgabenordnung 1977 (§ 51 ff. AO) in der jeweils gültigen Fassung.
- (2) Zweck des Vereins ist die Förderung der politischen Bildung, die den sozialen und kulturellen der Bürger und Bürgerinnen sowie der Bewahrung der natürlichen Lebensbedingungen verpflichtet ist und die demokratische Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen an den öffentlichen Angelegenheiten der Kommunen und in den Landkreisen als unverzichtbar erachtet.
- (3) Zur Entwicklung dieses Satzungszwecks wird der Verein in freiwilliger, sachbezogener Zusammenarbeit Bildungs- und Qualifizierungsveranstaltungen verschiedener Art organisieren, kommunale Programme unterstützen, begutachten und publik machen, Publikationen und Bildungsmaterialien herausgeben, den Erfahrungsaustausch zwischen Abgeordneten, Kommunalpolitikern und kommunalpolitisch Interessierten fördern, Arbeitsbeziehungen zu anderen Trägern politischer Bildung, wissenschaftlichen Einrichtungen, staatlichen Institutionen und Fachverlagen, anderen kommunalpolitischen Vereinigungen sowie zu den kommunalen Spitzenverbänden herstellen. Über Presse, Funk und Fernsehen sowie eigene Publikationen wird die Arbeit des Vereins öffentlich gemacht und über Erkenntnisse aus der Vereinstätigkeit informiert.

## **§ 3 Selbstlosigkeit**

- (1) Der Verein ist gemeinnützig tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Seine Bildungsangebote stehen allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern offen und sind allgemein zugänglich.
- (2) Das Vermögen und die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins.
- (3) Die Mitglieder dürfen bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung bzw. Aufhebung des Vereins keine Anteile aus dem Vereinsvermögen erhalten.
- (4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (5) Beschlüsse über Satzungsänderungen, die die Zwecke und Aufgaben des Vereins gemäß § 2 betreffen, sind vor dem Inkrafttreten dem zuständigen Finanzamt zwecks Bestätigung vorzulegen.

## **§ 4 Mitgliedschaft**

- (1) Mitglieder des Vereins können natürliche Personen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, und juristische Personen werden, die seine Ziele unterstützen.
- (2) Die Aufnahme ist schriftlich zu beantragen. Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand.
- (3) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod.
- (4) Der Austritt eines Mitgliedes erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand.
- (5) Wenn ein Mitglied gegen die Ziele und Interessen des Vereins gröblich verstoßen hat oder, trotz Mahnung, mit dem Beitrag für sechs Monate im Rückstand ist, so kann es durch den Vorstand mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen werden. Dem Mitglied muss vor Beschlussfassung Gelegenheit zur Rechtfertigung bzw. Stellungnahme gegeben werden. Gegen den Ausschließungsbeschluss kann innerhalb einer Frist von zwei Wochen, nach Mitteilung über den Ausschluss, Einspruch beim Vorstand eingelegt werden. Die nächste Mitgliederversammlung entscheidet darüber.



**kommunalpolitisches forum**  
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Geschäftsstelle  
19053 Schwerin, Martinstraße 1/1a

Telefon: 0385 7851526

Fax: 0385 77193

[www.kf-mv.de](http://www.kf-mv.de)

[info@kf-mv.de](mailto:info@kf-mv.de)